

Von:
Gesendet:
An:
Cc:
Betreff:

Poststelle_Buero_OB
Montag, 2. Juli 2018 14:58

Anlagen:

WG: Zusatzantrag zu TOP 2 des Kultur- und Schulsenats am 4. Juli 2018, Einbeziehung Anträge vom 16.01.2018
SPD.Fraktion Anträge Haushalt 2018 und folgende, Digitalisierung und Schule, Konzept für Schulen in AB.pdf; ATT00001.htm

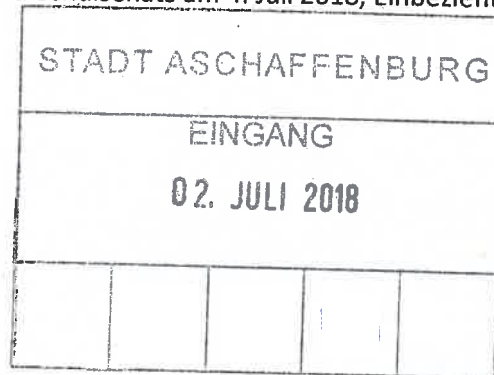
Von: Walter Roth
Gesendet: Montag, 2. Juli 2018 14:49

An: Herzog, Klaus <klaus.herzog@aschaffenburg.de>
Betreff: Zusatzantrag zu TOP 2 des Kultur- und Schulsenats am 4. Juli 2018, Einbeziehung Anträge vom 16.01.2018

SPD-Stadtratsfraktion am 2. Juli 2018
Fraktionsgeschäftsführer Walter Roth

Herrn Oberbürgermeister Klaus Herzog
Büro des Oberbürgermeisters

per E-Mail



Antrag zu TOP 2 des Kultur- und Schulsenats am 4. Juli:
Digitalisierung an Schulen, Einbeziehung des Antrags der SPD-Fraktion vom

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Herzog,

die SPD-Stadtratsfraktion begrüßt es sehr, dass der Kultur- und Schulsenat am 4. Juli über den aktuellen Stand betr. Digitalisierung an Schulen informiert wird (TOP 2).

Wir stellen den Antrag, dass das Antragspaket unserer Fraktion vom 16. Januar 2018

(nochmals als Anlage beigefügt) in die Erörterung einbezogen wird:

Wir bitten daher, diese Anträge bei der Sitzung am 4. Juli mit aufzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Stadtrat Walter Roth
Fraktionsgeschäftsführer/ Sprecher Schulsenat

Antrag nach § 23 Gescho in d. nächsten Sitzung zu behandeln! Amt _____: - DV fertigen (2-fach) oder - Zwischenmitteilung an Antragsteller (Abdruck an 10!)



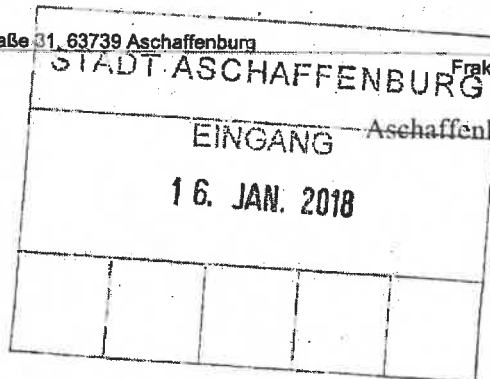
Stadtratsfraktion Aschaffenburg

SPD-Stadtratsfraktion, Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Telefon: 06021/42 41 57

Fraktionsgeschäftsführer Walter Roth

Herrn Oberbürgermeister
Klaus Herzog
Rathaus
63739 Aschaffenburg



Aschaffenburg, 16. Januar 2018

Anträge Haushalt 2018 und folgende: Digitalisierung und Schule, Konzept für Aschaffener Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Herzog,

wir sind weltweit auf dem Weg in eine (auch) „digitale Gesellschaft“ mit radikalen Veränderungen. Diese „digitale Revolution“ erfasst alle Bereiche unseres Lebens wie etwa Wirtschaft, Handel, Transport und Verkehr, das Dienstleistungsgewerbe und das Gesundheitswesen.

Die Stadt Aschaffenburg macht bereits sich auf den Weg. Zwei Beispiele:

Digitalisierung trifft Mobilität, so titelt der Stadtwerke-Leiter in der Kundenzeitschrift. Ein „Starthaus für digitale Entwicklung“, also ein digitales Gründerzentrum wird an der Frankenstein-Arena unter Beteiligung hiesiger Unternehmen und mit Fördermitteln des Freistaats Bayern aufgebaut.

Der Bildungsbereich und insbesondere die Schule dürfen da nicht zurückbleiben:

Der Bayerische Ministerrat hat mit „Bayern Digital II“ 2017 einen Plan beschlossen, der in den nächsten fünf Jahren Investitionen im Umfang von drei Milliarden Euro vorsieht. Von großer Bedeutung des Schulbereichs ist dabei die Rede.

Der Landkreis Aschaffenburg wird in den nächsten Jahren „namhafte Beträge“ zur Ausstattung der Schulen für die digitale Bildung ausgeben und hat für die kreiseigenen Realschulen bereits zusätzliche Gelder im Haushalt beschlossen.

Einzelne Schulen, es wird berichtet über die Grund- und Mittelschule Sulzbach, verfolgen bereits ausgefeilte digitale Medienkonzepte. Andere haben ihre Sachaufwandsträger auf ihre Wünsche aufmerksam gemacht, so unter anderem die Fachoberschule/Berufshochschule Aschaffenburg.

Angesichts dieser rasanten Entwicklung beantragt die SPD-Stadtratsfraktion:

1) Alle Schulen in der Stadt Aschaffenburg erhalten eine „digitale Grundausstattung“. Diese umfasst, so unsere Vorschläge, **mindestens einen schnellen Internetzugang (Glasfaser), einen W-Lan-Zugang und einen Hotspot.** Dabei sollen die Stadtwerke federführend sein, die derzeit im Stadtbereich in den Netzaufbau investieren.

Darüber hinaus braucht jede Schule eine angemessene zuverlässige **technische Systembetreuung**, welche durch die städtische IT-Abteilung zu gewährleisten ist.

Alle Schulen benötigen eine **digitale Grundausstattung in den Klassenzimmern, Fachräumen und Schulleitungen.** Unser Vorschlag: Die städtische IT-Abteilung erarbeitet hierzu ein Konzept.

2) Die Wünsche der Schulleitungen und Lehrerkollegien hinsichtlich einer „digitalen Zusatzausstattung“ und ihr Medienkonzept werden erörtert mit den städtischen Abteilungen (z.B. Schulreferat, Finanzreferat, Baureferat).

Wir regen an, dass Besprechungen nach Schulstufen und Aufgabenstellungen gleichzeitig mit mehreren Schulen stattfinden (z.B. mit den Grundschulen, mit den Förderschulen, mit den weiterführenden Schulen, mit den beruflichen Schulen).

3) Die Ergebnisse der Gespräche sind dem Kultur- und Schulsenat vorzulegen, ebenso dem Haupt- und Finanzsenat.

4) Die staatlichen Stellen und Schulbehörden sollen regelmäßig mit eingebunden werden, z.B. wegen der Nutzung aller Fördermöglichkeiten auf Bundes- und Landesebene und wegen des Einforderns und Organisierens von Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Herzog,

wir vernachlässigen unsere Kinder dann, wenn sie ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit den digitalen Medien fast ausschließlich außerhalb der Schule erwerben müssen. **Und: Es darf keine bunte Kleinstaaterei in den Klassenzimmern entstehen mit ganz uneinheitlichen medialen Ausstattungen und nicht ausgebildeten Lehrkräften.** Denn auch die digitale Bildung und die Medienbildung dürfen nicht vom Geldbeutel (der Eltern, der Kommune etc.) abhängen.

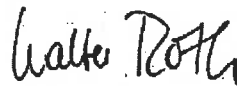
Wir bitten, die Anträge zunächst bei den Haushaltsberatungen grundsätzlich zur Abstimmung zu stellen, die Auswirkungen für die mittelfristige Finanzplanung zu berechnen und anschließend die Ergebnisse in den Fachsenaten (z.B. Kultur- und Schulsenat, Haupt- und Finanzsenat) zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion:



Wolfgang Giegerich
(Fraktionsvorsitzender)



Walter Roth
(Fraktionsgeschäftsführer, Sachbearbeiter)

Anne Lenz-Böhlau
(stv. Fraktionsvorsitzende)

Karl-Heinz Stegmann (stv. Fraktionsvorsitzender, Sprecher Umwelt- und Verwaltungssenat)

Dr. Erich Henke
(stv. Fraktionsvorsitzender,
Sprecher Planungs- und Verkehrssenat)

Expertinnen Landes- und Bildungspolitik:

Stadträtin Martina Fehlner MdL

Stadträtin Karin Pranghofer MdL a.D.